



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

11

November 2015 / 49. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL



Bewährungsprobe für Europa

Seite 6 <

Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, zu: FRONTEX wird zur operativen Grenzpolizei ausgebaut

Seite 18 <

Fachteil:

- Unfälle von Beamten aufgrund mangelhafter Durchführung der Verkehrssicherungspflicht
- Datenfrust – die endlose Geschichte der Vorratsdatenspeicherung





Die saarländische Polizei in der Flüchtlingskrise

Der aktuelle, nicht enden wollende Zustrom an Asylbewerbern nach Deutschland und somit auch in das Saarland, bringt die saarländische Verwaltung und damit auch die Polizei an die Grenze ihres Machbaren.

In der Landesaufnahmestelle in Lebach wurden über Jahre hinweg sehr erfolgreich etwa 1 500 Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen und dort durch die zuständigen Behörden, allen voran das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die zentrale Ausländerbehörde des saarländischen Landesverwaltungsamtes, betreut.

Die aktuellen Flüchtlingszahlen, mit denen sich Deutschland konfrontiert sieht, werden nun auch zur Belastungs- und Bewährungsprobe in Lebach.

Seit Wochen unterstützt die Landespolizei des Saarlandes die Aufnahme und Registrierung der Flüchtlinge in Lebach. Von anfänglich unter 100 Neuregistrierungen am Tag wurde die Zahl auf bis zu 450 gesteigert.

Das klingt im ersten Moment positiv und für die Menschen in der Landesaufnahmestelle ist das auch so. Das darunter originäre Aufgaben der saar-

ländischen Polizei leiden, ist die andere Seite derselben Medaille. Die Zentralen Verkehrspolizeilichen Dienste der saarländischen Polizei unterstützen im 24/7-Betrieb in der Landesaufnahmestelle und in deren Umfeld. Dadurch fehlen genau diese Beamtinnen und Beamten auf der Straße, um ihre eigentlichen Aufgaben im gewohnten Umfang durchführen zu können.

Verkehrsüberwachung findet derzeit nur sehr eingeschränkt statt. Das ist weder gut für die aus meiner Sicht extrem wichtige Verkehrssicherheitsarbeit, noch trägt es dazu bei, dass die Motivation der betroffenen beziehungsweise eingesetzten Kolleginnen und Kollegen steigt.



Auch das Polizeiorchester unterstützt personell in der Landesaufnahmestelle in Lebach, wofür die Kolleginnen und Kollegen sogar freiwillig ihren Jahresurlaub unterbrechen. Damit erbrachten auch sie ihren Beitrag dafür, dass die Zahl der registrierten Asylsuchenden in Lebach, die abgearbeitet werden konnten, ein so hohes Niveau erreichte und setzten ein Signal an diese Menschen, wie wichtig dem Saarland eine schnelle Verteilung in die Kommunen ist. Der eigentliche Daseinszweck des Polizeiorchesters liegt doch aber auf einer anderen Ebene: nämlich die saarländische Polizei als ein Aushängeschild einer breiten Masse an Menschen zu vertreten. Dies ist nicht mehr im frü-

heren Umfang möglich, so dass es 2015 dazu kam, dass auf der Vereidigung des Einstellungsjahrganges P37 lediglich ein Bläserquintett spielen konnte und andere Auftritte vollständig abgesagt werden mussten.

Hinzu kommen die direkten Folgen der Flüchtlingssituation, die sich mannigfaltig auf den Inspektionen im gesamten Saarland zeigen. Landesweit kommt es vermehrt zu Einsätzen, bei denen Migranten involviert sind. Großraumzelle, wie sie zum Beispiel im Homburger Stadtpark für bis zu 1 000 Flüchtlinge geplant sind, tragen nicht gerade zur Entlastung der Beamtinnen und Beamten vor Ort bei.

Gleichzeitig hält man seitens der Politik jedoch weiterhin an den Vorgaben der AG 2020 fest und möchte von den 300 einzusparenden Dienstposten im Polizeibereich nicht abrücken. An Einstellungszahlen von circa 80 Kommissaranwärtinnen und Kommissaranwärtigen wird festgehalten. Der Wach- und Wechseldienst, die Kriminaldienste und die Ermittlungs- und Servicedienste, kurz die Inspektionen, brauchen mehr Personal. Die zugrunde gelegten Zahlen und Statistiken der AG 2020 sind nicht mehr aktuell. Die Zahlen müssen nachverhandelt und korrigiert werden. Auch im Bildungsressort erreichte der saarländische Bildungsminister Ulrich Commercon eine Aufstockung um bis zu 130 Lehrer-



Patrick Gensheimer

planstellen, um der großen Zahl von Flüchtlingskindern eine angemessene schulische Ausbildung zukommen zu lassen.

Ein Ende des Zustromes ist nicht in Sicht, die Situation in den saarländischen Kommunen wird sich weiter verschärfen. Die Polizei, die vielerorts bereits an ihrer Belastbarkeitsgrenze angelangt ist, wird diese auf absehbare Zeit überschreiten, sollte die Landesregierung nicht gegensteuern.

Es genügt nicht, wenn die Politik beteuert, wie zufrieden sie mit der Arbeit der Polizei in der aktuellen Situation ist. Solidarität drückt sich nicht nur in Dankesbekundungen aus. Es müssen Taten folgen und diese können im Falle der Polizei nur höhere Einstellungszahlen und eine bessere Würdigung der Arbeit durch ein erhöhtes Beförderungsbudget heißen.

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Landesregierung geschlossen hinter ihrer Polizei steht und die notwendigen Maßnahmen für die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen trifft.

Patrick Gensheimer

Impressum:

Redaktion:
Willi Kummer (V. i. S. d. P.)
Franz-Schubert-Straße 26
66125 Dudweiler
Telefon: 06897.75575
Fax: 06897.179400
E-Mail: kummer.willi@arcor.de
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: dpolg-saar@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wie geht es weiter in der saarländischen Polizei?

Nach der Reform ist vor der Reform?

Seit Anfang des Jahres hat die sogenannte Evaluierungskommission zur umgesetzten Polizeireform ihre Arbeit aufgenommen. Über das Jahr wurden viele Themenbereiche und Fragestellungen bezüglich der Aufbau- und Ablauforganisation der saarländischen Polizei durchleuchtet. Auch war der Bereich der SEE (Sondereinsatz-einheit) teil dieser kritischen Betrachtung.

Klar ist seit Langem, dass die eher unflexible Struktur der SEE und die mittlerweile sehr flexiblen Dienstzeitmodelle innerhalb der verschiedenen Dienststellen im Landespolizei-präsidium (LPP) großen planerischen Aufwand bedürfen. Hinzu kommt der immer geringer werdende Teil an Mitarbeitern/-innen im WSD, die vorrangig die SEE-Kräfte stellen. Der häufige Ausfall von Übungen und auch der teilweise geringe Ansatz an Teilnehmern führen unweigerlich ebenso zu einem weiteren Problem, nämlich zum stetigen Abbau des Einsatzwertes der SEE im Vergleich zur Bereitschaftspolizei bei größeren Einsätzen. Auch werden die Dienstplaner vor Ort auf den Dienststellen durch die häufigen Anforderungen der SEE-Kräfte immer mehr in Schwierigkeiten gebracht, da gerade kurzfristige Personalanforderungen auch ständige Umplanungen auf den Dienstschichten nach sich ziehen. Somit sind nicht nur die SEE-Mitarbeiter/-innen, sondern alle im WSD betroffen. Dies führt bei manch einem Kollegen zu viel Verdruss.

Hörte man noch im Juli dieses Jahres, dass die SEE Thema der Eva-Kom sein wird, so konnte man erstaunt feststellen, dass das im Oktober schon ganz an-

ders aussah. Jetzt ist die SEE „vor die Klammer“ gezogen worden und es wurde in vielen Vorgesprächen und schließlich in einer Sonder-PiLKO am 7. Oktober über eine grundsätzliche Neuausrichtung in dieser Frage entschieden. Die SEE soll zum Auslaufmodell und durch eine neue, deutlich reduzierte Einheit den sogenannte „Operativen Ergänzungs Dienst (OPE)“ ersetzt werden.

Von aktuell circa 240 PVB in der SEE wird man in Zukunft nur noch circa 100 PVB in der OPE benötigen. Dafür soll durch eine intensivere Schulung ein höherer Einsatzwert der Kräfte erreicht werden. Die Personalisierung ist natürlich der Knackpunkt, da es nur Mitarbeiter aus dem Bestandspersonal geben wird. Es ist auch davon auszugehen, dass sich vorrangig Kollegen/-innen aus dem WSD für diese Einheit interessieren. Es wird aber erwartet, dass es eine ausreichende Zahl von Interessenten, die bereits jetzt in der SEE sind, geben wird. Der OPE wird dann als Aufgabenportfolio nicht nur die landesweiten Einsätze (analog SEE), sondern darüber hinaus auch vorrangig in der

Interventionsunterstützung zum Belastungsausgleich herangezogen. Auch sollen sonstige Aufgaben wie Unterstützungen bei BAOen, Abschiebungen et cetera über diese Einheit abgedeckt werden können. Man rechnet mit einer Gesamtarbeitszeitbelastung von circa acht Prozent für sogenannte SEE-Lagen und über 77 Prozent für die Intervention. Dies ist auch der Grund, warum man zwar auf der einen Seite Personal aus der Fläche für diese Einheit braucht, aber auf der anderen Seite den Vorteil sieht, dass keine Dienststelle mehr SEE-Personal stellen muss und alle sogar bei der Intervention deutlich Entlastung erfahren.

Organisatorische Fragen sind bis dato noch nicht abschließend geklärt. Dies soll in einem Projektauftrag folgen, sobald Herr Staatssekretär Seel dem aktuellen Vorschlag und der Verfahrensweise zugestimmt hat.

Was bleibt???

Eine sicherlich gut gedachte Einheit (SEE) wird Opfer der immer schwieriger werdenden Personalsituation in der saar-

ländischen Polizei. Die mittlerweile alle erreichende Ernüchterung, dass man Personal halt nicht teilen kann und die Alltagsbelastung die Kollegen immer mehr an ihre Grenzen bringt, hat auch die Motivation und die Kräfte der SEE geschwächt. Für Einsatzlagen konnten in den letzten Monaten oftmals noch nicht einmal mehr 100 Kollegen/-innen aus dem SEE-Pool (240 PVB) zusammengebracht werden. Dies machte Einsatzplanung und Durchführung zum Tanz auf der Klinge.

Wird jetzt alles besser???

Das wäre der berühmte Blick in die Glaskugel, den keiner wagt. Es sind noch sehr viele Fragen aus unserer Sicht offen. Den höheren Einsatzwert dieser OPE wird man nur durch massiven Aus- und Fortbildungsaufwand (analog der BePo) erreichen können. Wir halten es auch für sehr optimistisch, dass sich aus dem Stand 100 „freiwillige“ Kollegen/-innen in diese neue Einheit melden. Da sie am Ende mehr bieten müssten als Einzeldienst oder BePo. Intervention über die Woche zu leisten und am Wochenende (auch recht kurzfristig) in größere geschlossene Einsätze zu gehen, ist sicher allein kein hoher Anreiz. Dies muss gerade bei den weiteren Planungen und Entwicklungen für diese Einheit bedacht werden.

Wir sehen, dass die berühmte Not am Ende auch hier erfindet und hoffen, dass mit dieser neuen Einheit tatsächlich der gewünschte Belastungsausgleich für die Dienststellen erreicht wird. Damit wir nicht in ein paar Monaten erneut am offenen Herzen operieren müssen!



14. Oktober 2015

DPoIG klar für einen Stopp des Personalabbaus bei der Polizei!

Nach den ersten Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser, den Personalabbau bei der Polizei zu überdenken, ist die DPoIG Saarland hoffnungsvoll, dass auch weitere politisch Verantwortliche die Augen öffnen.

Die aktuelle Flüchtlingssituation, die sich über eine nicht abschätzbare Zeit weiter als sehr schwierig darstellen wird, führt zwangsläufig zur berechtigten Frage:

„Ist der 2011 festgelegte Weg in der AG 2020 der Polizei mit einem Personalabbau von 300 Beamtenstellen noch unter den aktuellen Bedingungen haltbar?“

Wir als DPoIG sind klar der Auffassung: **Nein!**

Denn die Rahmenbedingungen aus den zugrunde gelegten Jahren 2010/2011 sind nach heutiger Sicht nicht mehr vergleichbar. Die hohe Zahl von Flüchtlingen und die Tatsache, dass davon auch viele dauerhaft im Saarland bleiben werden, führen zwangsläufig zu anderen Ergebnissen. Auch haben sich einzelne Deliktsfelder und Aufgabenfelder, wie zum Beispiel der Wohnungseinbruchsdiebstahl, anders als erwartet entwickelt.

Der Landesvorsitzende Sascha Alles bringt es auf den Punkt:

„Wir müssen grundsätzlich davon ausgehen, dass nicht nur unbescholtene Menschen bei uns Zuflucht suchen. Auch steht es bei der Masse an Flüchtlingen zu erwarten, dass

Spannungen untereinander entstehen. Die momentane Unterstützung der Erfassungskräfte im Aufnahmelager Lebach durch knapp 30 Mitarbeiter der Polizei belastet die Dienststellen natürlich ebenso, da aufgrund des bereits erfolgten Personalabbaus in der Polizei überall der Schuh drückt. Darüber hinaus verliert die Polizei circa 40 Stellen für Tarifbeschäftigte, was somit eine Personalreduzierung von 340 Stellen bis 2020 bedeutet. Dazu kommt, dass auf Grund der Lebensarbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich auch die Zahl der Neueinstellungen wiederholt deutlich unter der im Koalitionsvertrag vereinbarten 100 Stellen liegt. Bedenkt man nun, dass die Ausbildung und erste Orientierung im Beruf drei bis vier Jahre dauert, dann ist klar, dass wir heute die Beamten für die Jahre 2020 und danach einstellen müssen. Daher muss die zurückhaltende Einstellungspraxis sofort geändert werden. **Polizei muss dort sein, wo sie gebraucht wird, und das zuverlässig und schnell!**

Die Politik kann nicht weiter nur zusehen und hoffen, dass die Sicherheitslage sich im Land nicht negativ verändert. Denn Polizisten wachsen bekanntermaßen nicht auf Bäumen und wir haben keine Personalreserven. Wenn Dienststellen aufgrund der Personalknappheit nachts regelmäßig geschlossen sind, sehen wir eine deutliche Änderung des Standards, den unsere Bürger/-innen über die letzten Jahre gewohnt waren.

Wenn hochverschuldete Bundesländer wie zum Beispiel Bremen oder Berlin mittlerweile gemerkt haben, dass das ‚Kaputtsparen‘ im öffentlichen Dienst nicht Ziel sein kann, dann sollte dies auch im Saarland zu denken geben.



> Sascha Alles

Der Innenminister Klaus Bouillon hat bereits vor Wochen klar erkannt, dass die aktuelle Situation einen **„übergesetzlichen Notstand“** darstellt. Das ist aus unserer Sicht auch genau der Ausnahmetatbestand, der ein Abweichen von den engen Regularien der Schuldenbremse möglich macht. Im Übrigen haben hier sowohl Bund als auch die Länder die gleiche Problemstellung. Jetzt gilt es, mit Vernunft zu handeln und wie bereits im Bereich der Lehrerschaft mit Blick in die Zukunft Personal bereitzustellen, damit nicht auch noch der **personelle Notstand** der Polizei zum Problem wird.

Wir erwarten jetzt zeitnah notwendige Reaktionen von den politisch Verantwortlichen in unserem Land.“

Der Landesvorstand

Haushalt 2016/2017

Beamtenbund (dbb) erwartet bei den anstehenden Herausforderungen des Flüchtlingszustroms von der Politik Lösungen

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 erwartet der Beamtenbund (dbb) im Bezug auf die anstehenden Herausforderungen des Flüchtlingszustroms von der Politik Lösungen. Dabei müsse der von der Regierungskoalition beschlossene Stellenabbau genauso auf den Prüfstand, wie die Vereinbarungen mit dem Stabilitätsrat aufgrund der Einhal-

tung der Schuldenbremse, sagte dbb Landeschef Ewald Linn.

Bei diesen veränderten Rahmenbedingungen muss die von der Landesregierung festgelegte Sparquote von 2 400 Stellen bis 2020 in Höhe von 120 Millionen Euro in den stark frequentierten Bereichen wie Schule, Landesverwaltungsamt, Polizei und Justiz angepasst werden.

Wegen dringendem Gesprächsbedarf im Rahmen der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ hat der dbb hierzu mit der Ministerpräsidentin weitere Gespräche vereinbart.

In einem ersten Gespräch am 1. Oktober 2015 zwischen der Staatskanzlei und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen hat der dbb bereits deutlich zum Ausdruck gebracht,

dass die zusätzlichen Stellen keine negativen Auswirkungen auf die festgelegte Sparquote von 2 400 Stellen haben dürfen.

Die personellen Mehrkosten sind beim Bund einzufordern. Auch müsse die neue Situation im Stabilitätsrat neu ausgehandelt werden, sagte Linn abschließend.

PS:

Die DPoIG wird in den nächsten Wochen mit allen Fraktionen im Landtag des Saarlandes Gespräche über den Doppelhaushalt führen und dabei ihre Haltung klar zum Ausdruck bringen!



> Pressemitteilung Nr. 11/2015

10. September 2015

Aufgabentlastung bei der Polizei

Großraum- und Schwertransporte sollen nicht länger von der Polizei eskortiert werden. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will eine Forderung der DPoIG erfüllen und die Sicherung der Transporte privaten Spezialfirmen übertragen.

Die DPoIG kämpft schon seit einigen Jahren auf Landes- und Bundesebene dafür, Polizei von Aufgaben zu entlasten, die nicht zwangsläufig Polizei bedürfen.

Daher halten wir das Vorhaben des Bundesministers für ein sehr gutes Signal, die Begleitung von Schwertransporten grundsätz-

lich nicht mehr von Polizeibeamten durchführen zu lassen. Unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt hat hier den entsprechenden Vorstoß bei der Unionsfraktion gemacht.

Bundesweit laufen bis zu 500 000 Transporte pro Jahr. Gerade der Boom der Windkraftanlagen hat die Zahlen in den letzten Jahren enorm steigen lassen. Auch hier im Saarland hat die Polizei regelmäßig die Begleitung dieser Fahrzeuge sicher zu stellen.

Der Landesvorsitzende Sascha Alles dazu:

„Das Begleiten von Schwertransporten bindet unser Personal stark. In der Regel muss ein Fahrzeug vorneweg fahren und einsichert den Konvoi nach hinten ab. Da das Saarland als Grenzland zu Frankreich eine

gern genutzte Transitstrecke ist, führen viele Transporte über unsere Straßen. Die Überlegungen, diese Tätigkeit endlich an private Firmen abzugeben, wie es teilweise in anderen Ländern schon der Fall ist, ist aus unserer Sicht höchste Zeit. Wir haben keine Personalressourcen, um regelmäßig hinter Konvois herzuzuckeln. Die Kollegen haben mehr als genug Aufgaben, die sie täglich sehr stark fordern. Gerade die hohen Zahlen bei Einbruchsdiebstählen und die bundesweite Flüchtlingssituation belasten die Polizei bis an ihre Grenzen. Jede Entlastung ist uns daher willkommen. Wir fordern schon seit Langem eine echte Aufgabenkritik, um den Berg an Aufgaben der Polizei zu reduzieren.“

Der Landesvorstand

Gutes muss nicht teuer sein!



Für alle **Wechsler*** zum Vergleich (Stand 09/2015):

Beitrag für Beamte A9:

15,22 €/ Monat

11,79 €/ Monat

Beitrag für Beamte A10:

16,61 €/ Monat

12,65 €/ Monat

Beitrag für Tarifbeschäftigte E6:

12,94 €/ Monat

10,91 €/ Monat

Beitrag für Tarifbeschäftigte E8:

13,79 €/ Monat

11,87 €/ Monat

Im Mitgliedsbeitrag der DPoIG enthalten:

- Umfangreicher Berufsrechtsschutz
- Diensthauptpflichtversicherung
- Regresshaftpflichtversicherung
- Unfallversicherung
- Polizeispiegel (Fachzeitschrift)
- Günstige Reise- und Handykonditionen, günstiger Neuwagenkauf
- Rabatte und Aktionen bei: Fitness First, Adidas, SVK, BBBank, ...

+ DPoIG App für's Smartphone

+ Begrüßungsgeschenk z.B. die Einsatztasche „Hunter“

Darüber hinaus könnt ihr viele Versicherungsleistungen zu top Konditionen über unsere Partner erhalten.

***Nutzt die Möglichkeit der Euro-Aktion und werdet Mitglied bei uns für nur jeweils Euro in den ersten drei Monaten!**

Noch Fragen? Dann her damit: info@dpolg-saar.de oder 0681/54552 oder direkt bei einem Ansprechpartner.

DPoIG...so gut (und günstig) kann Gewerkschaft sein!

> Wir gratulieren

... zum Geburtstag im Monat November

- Magrethe Haubrich
- Albert Nerschbach
- Jürgen Bick
- Martin Schu
- Hugo Welsch
- Josef Gress

